

AL Info³ / 14

- 3 Katharina Gander, neu gewählte AL-Gemeinderätin in Winterthur, im Gespräch mit Richi Blättler.
- 4 Kirchensteuer. Ein Rückblick zum interessanten AL-Podium und zwei Meinungen dazu.
- 8 Die AL führte an der VV im April die interne Diskussion mit Richi Wolff zur Zentralen Ausnüchterungs- und Beratungsstelle ZAB.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Selbstgespräch eines Abtretenden

In den vergangenen zehn Jahren als AL-Fraktionschef parlerte ich mit unzähligen Medienschaffenden und beantwortete noch mehr Fragen. Gescheite und andere. Heute bin ich so frei und stelle mir die Fragen selber. Ein Text-Selfie.

Alecs, die simplen Fragen vorweg: Wie bist du AL Gemeinderat geworden und warum trittst du nun ab? Amtsmüde wirkst du jedenfalls nicht.

Als Renate Schoch Ende 2003 zurücktrat, entschied sich die VV – auch zu meiner Überraschung – mich AL-Neuling nachrücken zu lassen. Ein Job, der einen Themenradius von 360° abdeckt, passte wie die Faust aufs Auge zu mir. Nun hat die Juristerei, die darin der Politik gleicht, aber dem Rat den Rang abgelauften; rechtswissenschaftliche Forscher haben eine andere Rolle als in Parlament und Regierung zu sitzen. Zudem fokussiere ich mein politisches Engagement in den nächsten Jahren auf Transgender Europe und Trans-Rechtsberatung hierzulande.

Welches waren die schwierigsten Momente in den zehn Jahren?

Von ehemaligen Fraktionsmitgliedern medial mit Dreck überhäuft zu werden war eine üble Erfahrung. Sehr schwer zu ertragen war und ist es für mich aber auch jedes Mal, wenn eine Mehrheit der ohnehin schon privilegierten PolitikerInnen-Gilde eine marginalisierte Gruppe wie Sozialhilfebeziehende oder Sex-WorkerInnen mit der Macht ihrer Entscheide piesackt.

Als du begonnen hast, bildeten Niggi, Wädi und du mit den Grünen eine Fraktionsgemeinschaft, ab Mai ziehen neun AL-GemeinderätInnen an der Limmat ein. Wie hast du den Wandel der AL erlebt, gab es überhaupt einen?

Den Moment am Wahlsonntag 2006, als klar war, dass wir Fraktionsstärke erreicht hatten, werde ich nicht wieder vergessen. Davor trafen wir drei uns nebst der Sitzung mit den Grünen jeweils im Kaffee zur «kleinen Fraktion», danach mussten wir uns als eigene Fraktion erstmals organisieren. Ein vergleichbarer Schritt war letztes Jahr die Selbstdefinition als Fraktion mit Stadtrat. Viele Strukturen und Prozesse sind bereits definiert und verbessert worden. Ein paar Hausaufgaben sind noch zu erledigen, ich bin aber zuversichtlich, dass Grundwerte wie Gewaltentrennung und kein Fraktionszwang uns auch weiterhin positiv von den andern unterscheiden werden.

Hat sich deiner Meinung nach in dieser Zeit auch der Rat verändert?

Der Gemeinderat ist zu einem eigentlichen Durchlauferhitzer geworden, neue Mitglieder kommen und gehen in so kurzen Intervallen, dass viele sich gar nicht mehr richtig einarbeiten können. Das schlägt auf die Qualität, weil das notwendige Wissen fehlt und die Flughöhe des Denkens zu tief bleibt. Stattdessen regiert oft überhitzter Aktionismus, der nur möglichst in grossen Lettern in den Medien stattfinden soll. Das ist aber nicht nur auf kommunaler Ebene ein Problem.



Was verzeichnest du politisch als deine grössten Erfolge?

Politik ist oft Zusammenarbeit, so auch beim Anteil gemeinnütziger Wohnungen auf dem Manegg-Areal, wofür ich als AL-Vertreter einiges einstecken musste in der Kommission – ganz besonders von all denen, die heute posaunen «isch miini Idee gsii.» Und natürlich Transmenschen ein Gesicht und eine Stimme gegeben zu haben sowie die mehr als binäre Vielfalt der Geschlechter bewusst gemacht zu haben. Dass Zürich darin eine Vorreiterrolle hat, darf ich sicher mit etwas Stolz als allein meinen Erfolg verbuchen.

Was wirst du vermissen?

Die Diskussionen mit meinen Fraktionsgspändlis. Ihnen gilt auch mein grösster Dank.

Alecs Recher

Parolen

Abstimmungen vom 18. Mai 2014.

BUND

Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung **JA**

Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» **NEIN**

«Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» **JA**

Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen **NEIN**

KANTON

Keine Alkoholwerbung an Sportveranstaltungen **Stimmfreigabe**
Winterthur: NEIN

Weniger Steuern für Gewerbe – Abschaffung der Kirchensteuer **NEIN**
Winterthur: Stimmfreigabe

STADT ZÜRICH

Rahmenkredit von 50 Millionen Franken zur Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons **NEIN**

WINTERTHUR

Zweites Rechenzentrum **JA**

Finanzen

Wir sind dankbar für jede Spende:
Alternative Liste Zürich, PC 87– 63
811– 5 IBAN: CH53 0900 0000 8706
3811 5

Termine

Dienstag, 27. Mai 19 Uhr AL-Mitgliederversammlung. Alter Güterbahnhof. Anschliessend Apéro.

Dienstag, 26. Juni 19 Uhr AL-Vollversammlung.

Weitere Termine auf al-zh.ch/termine oder auf facebook.com/ALzuerich.

Impressum

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch
Sekretariat Dayana Mordasini
Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45
Erscheint 4 bis 6 mal jährlich
Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich
Layout Dayana Mordasini
Redaktion Richi Blättler, Dayana Mordasini, Corinne Schäfli, Niklaus Scherr.

AL-Ausblick

Die Kommunalwahlen waren ein durchschlagender Erfolg. Die AL hat überall Stimmen und in Zürich und Winterthur auch Sitze gewonnen.

Mit unserem wiedergewählten Polizeivorstand Richard Wolff, einer verstärkten Gemeinderatsfraktion, doppelt soviel Schulpflegerinnen und Schulpflegern und einem Mandat in der Sozialbehörde sind wir sehr gut aufgestellt.

Gleichzeitig steht die AL auch mehr im Brennpunkt des Interesses. Das heisst mehr Kampagnenarbeit, breitere Präsenz in mehr Themenbereichen, mehr Aktive, professionellerer Auftritt.

Mehr aktive Arbeitsgemeinschaften

In seiner Retraite vom März hat der Vorstand die Bedeutung der im Wahlkampf neugebildeten Kreisgruppen und ihrer Aktivistinnen und Aktivisten hervorgehoben. Es ist wünschbar, dass die Kreisgruppen vermehrt mit den Parlamentariern und Parlamentarierinnen aus dem entsprechenden Kreis zusammenarbeiten. Wo möglich sollen Arbeitsgruppen gebildet werden, die neben der Fraktion Themen aufgreifen, diese in Blogs auf der Website und in Artikeln im AL-Info einbringen und die Lancierung von Initiativen und Referenden anregen. Dazu, für die bereits geplanten Kampagnen und fürs hartnäckige Dranbleiben an den für die AL zentralen Themen braucht es weitere Unterstützung.

Kommende Kampagnen

Am 18. Mai findet in Zürich die Abstimmung zu den Schulpavillons statt.

Unter dem Motto «Schulhäuser statt Pavillons bauen!» organisiert die AL zusammen mit der glp die Nein-Kampagne. Am 22. Mai reichen wir die kantonale Kinderbetreuungsinitiative ein. Dann beginnt bereits der Wahlkampf für die Kantons- und Nationalratswahlen im April, respektive Oktober 2015. Erwartungen auf Zuwachs auch auf kantonaler und vielleicht sogar nationaler Ebene sind berechtigt. Gleichzeitig führt die AL die nationale Abstimmungskampagne zur Abschaffung der Pauschalsteuer (Abstimmung im November 2014 oder März 2015).

Mach auch du mit

Gross sind die Erwartungen, gross die Aufgaben und gross der Bedarf an tatkräftiger und finanzieller Hilfe. Damit die AL den Quantensprung von einer 4-Prozent- zu einer grösseren Partei mit Regierungsbeteiligung bewältigen und gewinnbringend umsetzen kann, sind wir angewiesen auf einen Zuwachs an Aktiven (Mitglieder, Kreisgruppen, Kampagnen) und auf fähige Köpfe im Vorstand. Und weiterhin auch auf Spenden, denn die Mandatsabgaben reichen gerade aus, um die Infrastruktur und einen Teil der Kampagnen zu finanzieren. An der GV vom 27. Mai 2014 wird der neue Vorstand gewählt. Wenn du dir eine Mitarbeit im Vorstand vorstellen kannst, melde dich auf dem Sekretariat. Eine spannende Zeit steht bevor und der Vorstand freut sich auf zusätzliches Knowhow und zusätzlichen Power.

Dayana Mordasini

Wir haben die Wahlen gewonnen.
Jetzt möchten wir dich gewinnen.

Die Alternative mit Biss.

Jetzt Mitglied werden:
sekretariat@al-zh.ch

AL
Alternative Liste
al-zh.ch

Die AL ist präsent: mit je einem Inserat in der 1. Mai Zeitung und im Vorwärts sowie aktuell mit Plakaten und Flyern zur Pavillon-Abstimmungskampagne.

Ufzgi für den Stadtrat:

Schulhäuser statt Pavillons bauen!

Am 18. Mai: **Blankocheck** über 50 Mio. Franken für provisorische **Schulpavillons?** **Nein**

AL glp

www.al-zh.ch
www.zuerich.gruendliberale.ch

Katharina Gander im Gespräch



Katharina Gander,
Gemeinderätin
AL-Winterthur

Katharina, wir kennen uns aus der Zeit als Du politische Sekretärin bei der AL Zürich warst. Du bist aber eine Winterthurerin oder hast Du gezügelt?

Ich bin als Nidwaldnerin in Fribourg geboren und nun seit 34 Jahren – einzig unterbrochen von ein paar Ausland-

aufenthalten – immer in Winterthur wohnend – also ein Winterthurer-Urgestein.

Aha, eine Bürgerin von Nidwalden, lustig, ich bin auch ein Wolfenschiesener.

Soso, auch ein Reissäckler*... Ich bin übrigens auch noch Obwaldnerin – heiratsbedingt.

Warst Du denn schon in Winterthur politisch aktiv, bevor Du politische Sekretärin wurdest?

Ich bin in einer politischen Familie aufgewachsen – 1. Mai, allerlei Demos, Frauenzentren, Jugendhäuser, Engagement für AsylbewerberInnen und Drogen-süchtige – all das hab ich hautnah mitbe-kommen und mich auch für vieles interessiert und engagiert.

Nun bist Du ja in den Gemeinderat von Winterthur gewählt. Gratuliere! Was erwartet Dich dort? Worauf freust Du Dich besonders?

Ja, ich wurde eher unerwartet in den Gemeinderat gewählt, die AL Winterthur hat seit Ewigkeiten ja immer nur einen Sitz. Nach dem ersten Schock freue ich mich jetzt sehr. Ich konnte bereits ein bisschen ins Ratsgeschehen reinschnup-pen und bin gespannt auf die konkrete Arbeit, die Mitte Mai startet.

Gibt es Themen in Winterthur, die Du besonders angehen möchtest?

Thematisch interessieren mich natür-lich auch jobbedingt – als Leiterin der Geschäftsstelle des Mieterverbands – ins-besondere wohnbaupolitische Themen. Dort möchte ich mich aktiv einbringen

und etwas bewegen, wie ich es beispiels-weise beim Zeughausareal schon erfolg-reich getan habe.

Was konntest Du denn auf dem Zeughausareal bewegen?

Die Stadt und Ueli Maurers Armasu-isse wollten das Zeughausareal an den Meistbietenden verkaufen. Der Käufer wollte 117 Luxuswohnungen realisieren. Ein Komitee aus Mieterverband, AL, Grünen und Juso hat sich erfolgreich gegen den Verkauf und die Umzonung eingesetzt. Wir konnten verhindern, dass das städtische Land spekulativ verhökert und damit der Immobilienmarkt weiter angeheizt wird. Stattdessen fordern wir auf dem Zeughausareal eine städtebau-lich, ökologisch und sozial wegweisende Siedlung, die möglichst vielen Menschen in Winterthur bezahlbaren und nachhal-tigen Wohnraum bieten soll.

Wenn Du Winterthur mit Zürich ver-gleichst, was ist anders im politischen Geschehen?

Winterthur ist, obwohl es eine Gross-stadt ist, sehr dörflich, fast familiär – das kann je nachdem Vorteile oder Nachteile mit sich bringen. Ich erlebe die Leute als sehr offen und diskussionsbereit, auch wenn sie anderer Meinung sind, was mir sehr gefällt.

Gibt es etwas, das Du von Zürich nach Winterthur importieren möchtest?

Viele Probleme, beispielsweise die Wohnungsknappheit schwappen von Zürich nach Winterthur über. Manchmal lohnt es sich, für Lösungsfindungen nach Zürich zu schauen, auch wenn dies den Winterthurerinnen und Winterthurer eher schwer fällt.

Gibt es in Winterthur denn mehr oder weniger gemeinnützigen Wohnungs-bau als in Zürich? Oder habt Ihr ein anderes Modell?

Der Bestand an kommunalen und gemeinnützigen Wohnungen ist in Winter-thur viel tiefer als in Zürich (zurzeit ca. 12 Prozent). Deshalb muss der Erhalt und die Neuschaffung von preisgünstigem Wohn-raum zu einer zentralen Aufgabe der städtischen Politik gemacht werden.

Interview: Richi Blättler

*spöttischer Übername der Obwaldner für die Nidwaldner

AL Filmtipp

Rosa Maino empfiehlt:



Neuland von Anna Thommen. Dokumentarfilm. Schweiz 2014.

Jeder der drei neuen Kinofilme

zum Thema Sprach- und Integrations-unterricht von MigrantInnen, die ich im letzten halben Jahr gesehen habe – «La mia classe» von Daniele Gaglianone, «La cour de Babel» von Julie Bertuccelli und «Neuland» von Anna Thommen –, wäre einen eigenen Tipp wert. Doch MigrantInnen sind keine Alpen und die oben erwähnten Titel folglich auch keiner der seit längerem ach so beliebten Bergfilme, von denen das Publikum nicht genug zu bekommen scheint. Dies mag mit ein Grund dafür sein, dass es lediglich einer von ihnen in die Deutschschweizer Kinosäle geschafft hat. Und ihm soll meine erste Empfehlung gelten: In ihrem Abschlussfilm «Neuland» begleitet Anna Thommen während zwei Jahren eine Klasse der IBK, der Integrations- und Berufswahlklasse für ausländische Jugendliche in Basel. Ein kleiner, feiner und realistischer Film über grosse Erwartungen und schlechte Chancen, die zu ergreifen es dennoch gilt.



Vaters Garten von Peter Liechti. Drama. Schweiz 2013. Ab 20. Februar im Kino.

Mit «Vaters Garten – Die Liebe meiner

Eltern» hat der verstorbene Peter Liechti nochmals auf eindruckliche Weise gezeigt, dass ein Film mehr als die Summe seiner formalen und narrativen Elemente ist, und dass das Filmemachen kein Handwerk sondern Kunst ist. Er führt uns vor Augen, wie die Auseinandersetzung mit den eigenen Eltern mitunter schmerzhaft an Grenzen und zur eigenen persönlichen Geschichte führt: «Ich hatte mich stets als Fremdling gefühlt in meiner Familie – bis ich fast schockartig bemerkte, wie ähnlich wir uns in Wirklichkeit sind.» Wer «Vaters Garten» im letzten Herbst verpasst hat, kann ihn nun auf DVD (eben erschienen) anschauen. Doch weil grosse Filme auf die Gross-leinwand im Kino gehören, sei an dieser Stelle wärmstens empfohlen, das unvergleichliche Werk Liechtis ab 29.5. im Kino Xenix, das ihm eine Gesamtretrospektive widmet, (wieder-) zu entdecken.

Kontroverse Kirchensteuer

Am 25. März präsentierten Andreas Kyriacou, Präsident der FreidenkerInnen Schweiz, und Hannes Lindenmeyer, Kirchenpfleger in der reformierten Kirchgemeinde Auszersihl, an einem AL-Podium unter Leitung von Anna Klieber Pro und Contra zur jungfreisinnigen Initiative für die Befreiung der juristischen Personen von der Kirchensteuerpflicht.

Nach einer engagierten Diskussion entfielen zunächst 20 Stimmen auf die Nein-Parole und 11 Stimmen auf ein Ja resp. auf Leereinlegen. In der Schlussabstimmung setzte sich dann mit 17 gegen 15 Stimmen knapp die Nein-Parole gegen eine Stimmfreigabe durch.

Während Andreas Kyriacou für eine konsequente Trennung von Kirche und Staat und den Verzicht auf jegliche staatspolitische Privilegierung religiöser Institutionen plädierte, betonte Hannes Lindenmeyer, einst aus der Kirche aus- und

vor einigen Jahren wieder eingetreten, vor allem das soziale, wohn- und integrationspolitische Engagement der Kirchen, das ohne diese Steuereinnahmen gefährdet sei.

In der Debatte kritisierten verschiedene VotantInnen die einseitige Entscheidungshoheit der Kirchen über die Verwendung der eingenommenen Mittel. Gleichzeitig wurde aber anerkannt, dass kirchliche Gelder eine wichtige, ja zurzeit unentbehrliche Finanzierungsquelle für die unterschiedlichsten sozialen Projekte, speziell im Migrationsbereich, bilden und die Kirchen auch Freiräume bieten für Engagements, die nicht staatlicher Kontrolle unterliegen.

Auch grundsätzliche BefürworterInnen der Trennung von Kirche und Staat sprachen sich gegen die Initiative aus, da sie die juristischen Personen von sozialen Verpflichtungen entlastet, ohne anderwei-

tig eine Kompensation zu schaffen. Den Initianten wurde eine unechte Diskussion über die Trennung von Kirche und Staat vorgeworfen, da ihre Initiative mit dem bezeichnenden Titel «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)» primär als klientelistische Steuersenkungsmassnahme konzipiert sei. Zudem würden von der Initiative nicht das Kleingewerbe, sondern primär grosse Firmen, Banken und Versicherungen profitieren, da auf sie vier Fünftel aller Ertrags- und Kapitalsteuern entfallen.

Das Fazit der Debatte: Ein Vorstoss, der den juristischen Personen als Alternative zur Kirchensteuer eine gleich hohe Abgabe in einen konfessionell neutralen Fonds für soziale und gemeinnützige Zwecke anbieten würde, könnte bei der AL mit positivem Widerhall rechnen.

Niklaus Scherr

Säkularisierung statt Absolution

Bei jeder Kirchsteuer stellt sich zwangsläufig die Frage: Wollen wir einen (mono-) religiös geprägten oder einen weltlichen Staat?

Mit der Kirchensteuer wird dreierlei zum Ausdruck gebracht: Absage an einen säkularen Staat, Privilegierung der begünstigten Kirchen und Minderwertigkeit aller andern. Im Kanton Zürich erhalten nur gerade drei religiöse Gruppen, alles christliche, Kirchensteuern für karitative Zwecke; alle andern gehen leer aus. Ihr Engagement ist jedoch kein besseres als das von vielen andern Kirchen und Organisationen. Daher gibt es keine Rechtfertigung für das historische Privileg, Entscheidungsgewalt über die Verteilung von Steuergeldern zu erhalten.

Ohne diese Gelder müsste der gesamte karitative Teil, dem die Kirchen heute grossmehrheitlich ihr verbliebenes positives Image verdanken, selbst berappt werden. Keine leichte Aufgabe bei den schwindenden Mitgliederzahlen. Weil dieser Teil vom Staat finanziert wird, bleiben mehr Finanzen der Kirchen frei für Overhead und Kultuszwecke. Wer behauptet, dass damit die Kirchensteuer nicht auch positive finanzielle Auswirkungen auf diese beiden Bereiche habe, lügt sich selbst in die Tasche. Ein Staat, der auf den Grundwerten der Menschen-

rechte fussen will, darf keine Religion privilegieren, die genau diese Werte immer wieder mit Füßen tritt. Nebst allem Positiven sind diese Schattenseiten heute kein Geheimnis mehr und auch nicht Vergangenheit. So rüsten zurzeit beispielsweise konservativ-katholische Organisationen europaweit massiv auf gegen elementare Rechte von Frauen, Schwulen, Lesben und Transmenschen.

Leider greift die Initiative nicht auch die Kirchensteuer von natürlichen Personen an. Ein schrittweises Erreichen eines säkularen Staates ist mir aber lieber als die Erteilung der Absolution an staatliche Gelder für die drei christlichen Landeskirchen.

Alecs Recher



Ein pragmatisches Nein

Auf den ersten Blick ist es kaum verständlich, dass juristische Personen im Kanton Zürich Kirchensteuern bezahlen müssen.

Die Kirchensteuer darf nicht für kultische Zwecke verwendet werden. Diese Gelder fliessen somit den karitati-

ven Aufgaben der Kirchen zu. Und dies ist korrekt so – denn auch die Unternehmen sollen sich an sozialen Aufgaben beteiligen.

Ein Nein zur Initiative der jungen FDP ist ein pragmatisches Nein. Dabei geht es weder um die grundsätzliche Frage über das Verhältnis von Kirche und Staat, noch geht es darum, darüber zu urteilen, ob die Gelder anderen Organisationen mit anderen sozialen Projekten zukommen sollen.

Bei der Initiative geht es bloss darum, ob die juristischen Personen künftig ihre Steuern zugunsten der kirchlichen Sozialwerke ersatzlos streichen dürfen. Es braucht keine hellseherische Fähigkeiten, um voraus zu sehen, dass bei einer Annahme der Initiative den sozialen Projekten das Geld schlicht fehlen wird. Die rund 250 Mio. Franken, um die es hier geht, werden weder auf soziale Projekte von säkularen Nonprofitorganisationen umverteilt, noch wird der Staat in diesem Umfang in die Bresche springen. Die Konsequenz wäre, dass gute und sinnvolle Projekte eingestellt werden müssten. Auch Projekte von Dritten – wie beispielsweise die Beratungsstelle für Sans papiers – wären in der Existenz getroffen, denn die Kirche ist ein wichtiger Geldgeber für soziale Organisationen und Hilfswerke.

Ein Nein zur Initiative ist daher noch lange kein Ja zu den Kirchen und ihren Wertvorstellungen.

Kaspar Bütikofer

Diese Abstimmung wollen wir gewinnen!

Im November 2014 oder März 2015 kommt die eidgenössische Initiative der Alternativen Linken für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung zur Abstimmung. Mit intakten Chancen für ein landesweites Ja.

Am 8. Februar 2009 war die Sensation perfekt: 52.9% der Zürcherinnen und Zürcher sagten Ja zur Initiative der AL für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Seither haben vier weitere Kantone dieses Steuerprivileg für Millionäre abgeschafft (SH, AR, BL, BS); auch in St. Gallen stimmte eine Mehrheit für die Abschaffungs-Initiative, gab aber dem Gegenvorschlag den Vorzug. In Thurgau und Luzern votierten beachtliche 47% und 48% für die Abschaffung. Unsere gesamtschweizerische Initiative, die dem Steuer-Tourismus Einhalt bietet, der bei Abschaffung in einzelnen Kantonen droht, hat also realistische Chancen.

5634 Superreiche profitieren

Unter der Voraussetzung, dass sie in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben, können sich ausländische Multimillionäre nach ihrem Lebensaufwand besteuern lassen. Statt dem effektiven Einkommen und Vermögen müssen sie bloss einen Pauschalbetrag versteuern. In der Regel entspricht dieser dem fünffachen Mietwert ihrer Wohnung (neu dem siebenfachen Mietwert resp. mindestens 400 000 Franken). In den letzten Jahren ist die Zahl der Pauschalbesteuerten regelrecht explodiert. Waren es 2004 noch 3 406, so profitierten 2012 bereits 5 634 Superreiche von diesem skandalösen Steuerprivileg (+65%).

Hochburgen in der Welschschweiz und im Tessin

Als erster Kanton hat die Waadt schon 1862 die Pauschalbesteuerung betuchter ausländischer Rentner als Tourismus-Fördermassnahme eingeführt. Noch 2004 verzeichneten erst 11 von 23 Kantonen Pauschalbesteuerte, heute praktisch alle. Hochburgen sind weiterhin Waadt (1396), Wallis (1300), Tessin (877) und Genf (710), auf die mehr als drei Viertel aller Profiteure entfallen. Im Schnitt versteuerte ein Pauschalbesteuerter 2010 ein Einkommen von CHF 375 000 und zahlte darauf 123 000 Franken Steuern an Bund, Kanton und Gemeinde. Insgesamt resultierten 668 Mio

Franken – gerademal ein halbes Prozent aller Steuereinnahmen.

Von Charlie Chaplin zu den Schein-Erwerbslosen

Da im Prinzip nur erwerbstätige Personen Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung haben, war die Pauschalbesteuerung ursprünglich vermögenden Rentnern mit einem persönlichen Bezug zur Schweiz vorbehalten («Lex Chaplin»). Mit der EU-Personenfreizügigkeit sind sowohl die Altersgrenze wie das Erforder-



nis der Erwerbstätigkeit gefallen. Nach dem neuen Ausländergesetz von 2005 können auch Nicht-Erwerbstätige bei «wichtigen öffentlichen Interessen» eine Bewilligung erhalten. Die 2007 auf Antrag von Blocher erlassene Verordnung zählt dazu ausdrücklich auch «erhebliche kantonale fiskalische Interessen». Neben einer wachsenden Zahl von Schein-Einwohnern, die hier bloss ein steuerpolitisches pied-à-terre unterhalten, machen heute immer mehr Business-Nomaden und Schein-Erwerbslose vom Pauschalsteuer-Privileg Gebrauch, die offensichtlich über hiesige Holding- und Verwaltungsgesellschaften ihre weltweiten Konzerne managen. Prominentestes Beispiel: Viktor Vekselberg mit seiner Renova-Management AG und Beteiligungen an Sulzer, OC Oerlikon und Züblin.

Grosses Missbrauch- und Korruptionspotenzial

Da bei der Frage der effektiven Anwesenheit und der Nicht-Erwerbstätigkeit kräftig geschummelt werden kann, birgt die Pauschalbesteuerung ein erhebliches Missbrauchs- und Korruptionspotenzial aufseiten der Behörden. Der Berner Steuerchef Bruno Knüsel bringt es auf

den Punkt: Aufgabe der Behörden «sei es, alle Steuerpflichtigen zu erfassen, welche in einer Gemeinde wohnten, nicht aber Nachforschungen zu betreiben, ob jemand nicht in der Gemeinde lebe. Allenfalls sei es an einem anderen Staat zu sagen, dass der Pauschalbesteuerte X. nicht in der Schweiz lebe, sondern in diesem Staat.»

Zürich beweist: es geht auch ohne

Nach dem Abschaffungs-Entscheid in Zürich sind – zum Erstaunen vieler – 102 von 201 Pauschalbesteuerten geblieben und zahlen jetzt ordentlich Steuern. Von den Flüchtigen verzogen sich bloss 26 ins Ausland, drei Viertel flohen in andere Kantone. Steuerpolitisch ist die Bilanz ausgeglichen: die Verbliebenen zahlten 2010 1.6 Millionen Franken mehr als alle Pauschalbesteuerten vorher zusammen. Darin nicht eingerechnet ist der Steuerertrag der ordentlichen Steuerzahler, die in die verlassenen Steuerflüchtlings-Villen eingezogen sind...

Niklaus Scherr

Charta Lampedusa

Die Insel von trauriger Berühmtheit war im Februar Treffpunkt für die Erarbeitung einer Charta.

Im Kern geht es darum, dass Menschen unabhängig von Ihrer Herkunft und ihrer Staatsangehörigkeit die gleichen Rechte haben. Die Bewegungsfreiheit darf nicht eingeschränkt werden. Das ist eigentlich ganz selbstverständlich, angewandte Ethik, menschlich und richtig.

Gleichzeitig ist es eine radikale Utopie. Alle dürfen ihren Lebenstraum verwirklichen, wo sie wollen. Keine Grenze hält uns auf. Das ist angesichts der Festung Europa eine unglaubliche Vision. Die Charta will ein Bekenntnis sein für Organisationen und BasisaktivistInnen, die sich dem herrschenden Nationalismus entgegenstellen und menschliche Begegnungen ermöglichen. Die Autonome Schule setzt diese Haltung um. Da wird die Vision Wirklichkeit.

www.bildung-fuer-alle.ch/politisches-programm-die-charta-von-lampedusa

«Bülach braucht diese alternative Politik»

Mit 54 Stimmen mehr hätte die AL jetzt eine Stadträtin in Bülach. Schade, hat's nicht gereicht! Schmerzlich vor allem für die Frauen, die einmal mehr in der Bülacher Politik krass untervertreten sind. Dass es bei n a h e gereicht hat, ist allerdings Gold wert und zeigt, dass es auch in den Zentrums- und Landbezirken möglich ist, mit klar linken Positionen zu punkten.

Es begann mit meinem einsamen Entscheid, die Kandidatur zu wagen, nachdem feststand, dass die SP nur mit dem bisherigen Stadtrat Hanspeter Lienhart und die Grünen gar nicht antreten würden. Diese Ausgangslage verschaffte mir die Möglichkeit, mich von einem Komitee mit VertreterInnen aus dem ganzen linksgrünen Lager inklusive EVP portieren zu lassen. Es klappte.

Für chancenlos gehalten...

«Hundert Stimmen», witzelte die SVP. «Steckt nur kein Geld in die Kampagne», sagten andere. «200 Stimmen», hörte ich auch von grüner Seite. Man hielt diese AL-Kandidatur für chancenlos, wie auch sonst seit Menschengedenken in Bülach linksgrüne Anliegen als chancenlos gelten.

Nun, wir arbeiteten. Wir wollten nicht nur aufmischen, sondern gewinnen. Wir hatten tolle Flyer (merci, Christoph!) und eine tolle website (merci, Till und Niggi!). Wir bekamen Spenden von über 9 000 Franken – rund die Hälfte davon für

meine Stadtratskandidatur, die andere Hälfte für unsere Wahlempfehlungen für Gemeinderat und Schulpflege.

... in Staunen versetzt...

Von geradezu unglaublicher Aktivität war Dieter Liechti (SP), Präsident unseres Komitees «Alternativen für Bülach». Ihm ist zu verdanken, dass über die Komiteebildung hinaus ein eigentlicher



– wenn auch noch zaghafter – Schulterschluss von Mitte-Links in Bülach gelang. Ihm ist auch zu verdanken, dass es zu einem grossen und viel beachteten Podium mit Beteiligung aller Ortsparteien und StadtratskandidatInnen kam. Einen Leserbrief nach dem andern warf Dieter ausserdem in die Runde. Bülach begann zu staunen.

... und mit kleinem Abstand einen grossen Achtungserfolg erzielt.

Die Konkurrenz war heftig. Neben den Bisherigen gab es ausser mir den SVP-Mann und Landi-Chef Ruedi Menzi, der zusätzlich fürs Präsidium kandidierte, einen jungen GLP-Mann und zwei Vertreter der rechtsbürgerlichen «Beobachter-Stadt-Bülach». Tatsächlich war es dann am Schluss der SVP-Mann, der den Sitz bekam. Mit nur 54 Stimmen mehr als den erhaltenen 1372 Stimmen hätte ich ihn ihm allerdings weggeschnappt, so knapp war das Resultat. Gemeinderat und Schulpflege sind in Zukunft ein ganz klein bisschen linker.

Mir selbst hat die Sache von A bis Z Freude gemacht. Einmal, weil meine Anliegen grösstenteils genauso rüber kamen, wie ich sie meinte. Und andererseits, weil das auf Resonanz stiess. Im bürgerlichen Bülach! Ein alteingesessenes und sicher nicht linkes Wirtepaar sagte mir: «Wir haben dich gewählt.» So wie sie es sagten, spürte ich: In Bülach links wählen, das ist ein eigentlicher Staatsakt. Sie haben es getan.

«Bei ihr weiss man wenigstens, woran man ist», sagte ein prominenter Gewerbler, der ebenfalls meinen Namen auf die Stadtratsliste schrieb. Und ein einfacher, älterer Mann auf der Strasse: «Das nächste Mal klappt es. In Bülach fehlt etwas. Es braucht diese alternative Politik.»

Maria Eisele

Stefan Bolz in den Gemeinderat

Am 18. Mai 2014 findet in Oberengstringen der zweite Wahlgang für die Gemeinderatswahlen statt. Weil im ersten Wahlgang nur sechs Kandidaten antraten, konnte ein Sitz nicht besetzt werden.

Stefan Bolz bewirbt sich neu im zweiten Wahlgang, mit Unterstützung der SP, um die Nachfolge der weggezogenen SP-Gemeinderätin Käthi Mühlemann.

In Oberengstringen droht wieder ein rein bürgerlich zusammengesetzter Gemeinderat, wie dies schon vor der Wahl von Käthi Mühlemann der Fall war. Stefan Bolz hat zwei Gegenkandidaten: Einen von allen bürgerlichen Parteien stillschweigend unterstützten Kandidaten

des aus dem ehemaligen Landesrings hervorgegangenen Politischen Forums und eine parteilose Kandidatin, die bisher politisch nicht in Erscheinung getreten ist.

Prädestiniert für die Exekutive

Stefan Bolz ist studierter Geograph und arbeitet als Wirtschaftsinformatiker. Er ist Gründungsmitglied der AL-Limmattal und hat schon zweimal für den Kantonsrat und einmal für den Gemeinderat in Oberengstringen kandidiert. Stefan Bolz ist mit seiner Intelligenz, seiner Ausdauer, der Fähigkeit gut zuzuhören und seiner Führungserfahrung aus der

Privatwirtschaft für ein Exekutivamt prädestiniert.

Zentrale AL-Themen im Limmattal

Wichtig ist, dass in Oberengstringen die sozialen und ökologischen Anliegen weiterhin im Gemeinderat vertreten werden. Die AL setzt sich seit jeher für bezahlbare Wohnungen, eine Raumplanung im Dienste der Menschen, den Vorzug des öffentlichen vor dem motorisierten Privatverkehrs und den Erhalt von Freiräumen ein. Das sind auch in Oberengstringen zentrale Anliegen.

Ernst Joss

Geld dominiert im Kantonsrat...



Die Zürcher Kantonalbank wird oft als Parlamentsbank bezeichnet: Sie untersteht direkt der Kontrolle durch das Parlament und nicht durch den Regierungsrat.

Es wäre aber vermessen zu meinen, der Kantonsrat habe einen direkten Einfluss auf ihr operatives Geschäft. Er kann bloss eine Grobsteuerung vornehmen. Dazu bot sich endlich wieder einmal Anlass. Die ZKB wollte das Dotationskapital – das Geld, das ihr der Kanton zur Verfügung stellt – um 2500 Mio Franken erhöhen. Wieso sie so viel Geld verlangte, war auch nach der Debatte niemanden klar: Risikoabsicherung für das grosse Spiel auf den Finanzmärkten oder Abdeckung der Risiken der Kernaktivitäten (Hypothesen, Kredite für Firmen mit Sitz in Zürich)? Darauf konnte oder wollte die ZKB nicht antworten. Ihr Antrag wurde im Rat zurechtgestutzt und bloss 500 Millionen bewilligt. Zu reden gab vor allem die Abschaffung der Partizipationsscheine. Damit hätten sich Private am Kapital und somit auch an den Gewinnen der ZKB beteiligen können. Kaspar Bütikofer betonte für die AL, dass ohnehin eine Staatsgarantie bestehe, weil die ZKB systemrelevant sei und deshalb in jedem Fall gerettet werden müsse. Darum solle der volle Gewinn beim Staat bleiben und nicht mit Privaten geteilt werden. Zudem diene die Ausgabe von Partizipationsscheinen nur dazu, die ZKB für einen späteren Börsengang fit zu machen.

Keine Daten zu Steuererleichterungen

Judith Stofer arbeitet beharrlich in der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Diese Arbeit ist nicht spektakulär, bringt aber einen tiefen Einblick in das Funktionieren von Verwaltung und Staat. Bei der Diskussion des GPK-Berichts kritisierte sie, dass die Kommission nur mit Mühe Einblick in weitere Daten über Firmen mit Steuererleichterungen erhielt. Auch weigert sich der Kanton bis heute, den Einkauf von Beschaffungsgütern zu zentralisieren. So werden unnötig Geld und Ressourcen verschleudert.

Erfreulicherweise lehnte die Ratsmehrheit einen FDP/SVP-Antrag zur Senkung der Steuern für Gutverdienende ab. Der Dreizehner, das oberste Progressi-

onsprozent, wird nicht abgeschafft. Markus Bischoff wies darauf hin, dass der ewige Steuerwettbewerb nur zu einer ruinösen Spirale nach unten führt. Steuerenkungskantone wie Schwyz oder St. Gallen haben Ebbe in der Kasse und müssen staatliche Aufgaben massiv einschränken. Zudem wäre ein erneuter Steuerverlust von 165 Millionen für die Zürcher Staatskasse Gift.

Markus Bischoff

... Kommis-sions-verteilung im Gemeinderat



Die Sitzungen im Gemeinderat sind das eine, die Treffen in den verschiedenen Kommissionen das andere.

In den Spezialkommissionen (SK) treffen Stadtrat, Verwaltung und Fraktionsmitglieder aufeinander. Weisungen werden besprochen, Fragen geklärt, Informationen ausgetauscht, Positionen und Allianzen gebildet. War die AL-Fraktion vor Mai nur in einigen dieser Kommissionen vertreten und daher nicht immer aus erster Hand informiert, sind wir nun zu neunt quasi omnipräsent.

Niggi Scherr bleibt in der **SK Finanzdepartement** (alle Geschäfte durchlaufen diese SK früher oder später) und auch **Wädi Angst** in der **Rechnungsprüfungskommission** (eine der arbeitsintensiven Ständigen Kommissionen) neu als Vizepräsident. **Andreas Kirstein** ist nach wie vor in der **Interfraktionellen Konferenz**.

Abgesehen davon macht der Mai nun wirklich alles neu

Corin Schäfli sieht in der **Geschäftsprüfungskommission** nach dem Rechten und tauscht sich ausserdem mit dem **Beirat Masterplan Velo** aus. (Wobei noch nicht definitiv entschieden ist, ob dieser als Nachfolger der Velowegkommission überhaupt etabliert wird.)

Rosa Maino beschäftigt sich in der **SK Präsidial-, Schul- und Sportdepartement** mit vielem, was Zürich als Stadt ausmacht: KMUs und Banken, Theaterhäusern und der Roten Fabrik, aber auch mit Schule und Sport.

Edi Guggenheim löst **Andreas Kirstein** in der **SK Gesundheits- und Umweltdepartement** ab, befasst sich dort mit der Zukunft unserer Stadthospitäler, der

2000-Watt-Gesellschaft und vielem mehr. Einsitz hat er auch in der Redaktionskommission, wo jede Weisung auf Herz und Komma geprüft wird.

Andreas Kirstein ist nebst **Fraktionspräsident** neu auch Mitglied der **SK Tiefbau- und Entsorgungsamt**, wo er sich u.a. mit der «world according to Filippo», mit Tunnels und Parkplätzen oder dem ÖV, aber auch mit Entsorgungs-, Energie- und Begrünungsfragen auseinandersetzen darf.

Christina Schiller befindet sich als Mitglied der **SK Polizeidepartement/Verkehr** im Wolfsrevier, wo sie sich u.a. dafür einsetzt, dass unser Richi an den guten Themen (neue Dialog- und Kommunikationskultur, Anstellung von Polizistinnen und Polizisten ohne Schweizer Pass) dran bleibt, und ihn bei heiklen Themen (Rotlichtmilieu, Drohnen, Hotel Suff, Besetzungen) immer mal wieder so nebenher an seine AL-DNA erinnert.

Ezgy Akyol übernimmt den Sitz in der **SK Sozialdepartement** von meiner Wenigkeit und ist dort nun so neu wie der Vorsteher des Departements. Ihre Themen: städtisches Asylwesen, Kinderbetreuung, Sexboxen und vieles mehr. Ausserdem versorgt sie die Fraktion mit den neusten Informationen aus dem Büro, wo die Gemeinderatssitzungen geplant werden.

Ich persönlich wage mich ins Reich des zeitweise megalomanen **Hochbaudepartements** und damit auch in das städteplanerische Labyrinth der Bau- und Zonenordnung.

Andrea Leitner,
Fraktionsvizepräsidentin

AL-InhALte mit Biss:

6. März: AL-Medienmitteilung zur BZO.

26. März: AL-Fraktionserklärung zum Lohndumping bei der Stadtreinigung.

30. März: Maria Eisele verfehlt die Wahl in Bülach hauchdünn und die AL-Dietikon gewinnt eine sozial-politische Abstimmung.

1. April: AL-Medienmitteilung zur Prostitutionspolitik eines mutlosen Stadtrats.

2. April: Die AL beteiligt sich an der Vernehmlassung zur Revision des Adoptionsrechts und bezieht klar Position.

2. April: AL-Fraktionserklärung zur Zweckentfremdung städtischer Wohnungen

12. April: Departementsverteilung im Zürcher Stadtrat. Richard Wolff bleibt Polizeivorsteher.

14. April: AL-Medienkonferenz zur Abstimmung vom 18. Mai. «Schulhäuser statt Pavillons!».

Die Gesichter dahinter



Unsere Gesichter liegen verborgen unter der Oberfläche der Schweizer Einwanderungspolitik: Das von Dušan, der den Chindsgl als ‚Räupli‘ begann und als ‚Jugo‘ beendete, das

von Emine, die mit sinkendem Mut nach einer Lehrstelle als Zahnarztgehilfin sucht, oder das von Faten, die für 12 Franken die Stunde Salatköpfe aus der Erde schneidet.

Obschon es um uns geht, bleiben wir EinwandererInnen mit unseren Geschichten in den politischen Debatten und Entscheiden rund ums Thema Migration zumeist unsichtbar.

Gut sichtbar dagegen ist seit Jahren und Jahrzehnten die von der Politpropaganda gezeichnete monochrome Fratze der Bedrohung. Die Angstkünstler, die ihre Plakate mit groben Pinselftrichen in Rot, Schwarz und Weiss malen, reduzieren nicht nur die einwandernden Menschen auf eine gesichtslose Masse sondern gönnen auch der „eigenen“ Bevölkerung keine Auszeit: Achtung, Minarette! Achtung, Kriminelle! Achtung, Asylbetrüger! Achtung, Wohlstandsbedrohung!

Viele sind ihn zunehmend leid, den nicht abreissenden Aufruf sich bedroht zu fühlen. Sie wünschen sich eine offene Schweiz und eine Migrationspolitik, die den Menschen in den Vordergrund rückt.

Auch ich, selbst Produkt des Familiennachzugs, wünsche mir das Hervortreten der vielen Gesichter hinter dem Migrationsdiskurs. Der Aktionismus nach dem 9. Februar soll kein Nachwehen und kein Reflex auf rechte Politik sein, sondern nachhaltig wirksam werden. Die mit Freunden ins Leben gerufene Aktion Bewanderte Schweiz (www.bewandertes Schweiz.wordpress.com) will einen Schritt in diese Richtung tun und bei einer ‚Massenwanderung‘ durch die Agglo von Zürich nach neuen migrationspolitischen Wegen und Werten suchen. Wandernd und diskutierend wollen wir uns Weitblick verschaffen. Schnür auch Du die Wanderschuhe am 31. Mai 2014 und komm mit!

Shpresa Jashari

«Hotel Suff» im Kreuzfeuer

Die AL-Vollversammlung vom 15. April zum Thema «Zürcher Ausnüchterungs- und Beratungsstelle» (ZAB, ehemals ZAS vulgo «Hotel Suff») war mit 26 Teilnehmenden nicht so gut besucht wie erwartet. Unter der Leitung von Hannes Lindenmeyer diskutierten Stadtrat Richard Wolff, Niklaus Scherr und Manuela Schiller.

ZAS: Hafteinrichtung mit medizinischer Betreuung

Für Richard Wolff steht im Zentrum die Frage: was geschieht mit Menschen, die stark alkoholisiert oder unter Drogen sich selbst oder andere gefährden? Früher wurden sie auf der Regionalwache ausgenüchtert oder in den Notfall gebracht. Seit 2010 gibt es dafür die ZAS, eine Hafteinrichtung in der Hauptwache mit dauernder Präsenz von MedizinerInnen in Ausbildung. Es nimmt den RevierpolizistInnen die Verantwortung für gesundheitliche Risiken ab, entlastet die Spitäler von randalierenden Besoffenen und gewährleistet die Sicherheit aller. Nach vier Jahren Pilotbetrieb beantragt darum der Stadtrat mit seiner Weisung vom März 2014 die definitive Einführung.

«Social cleaning» oder was stört, soll weg von der Strasse

Niklaus Scherr zeigte auf, dass die Anfänge dieser Politik bereits 1993 im Rückführungszentrum Hegibach (1993) resp. Kaserne (ab 1994) zu finden sind. Anfangs wurden vor allem auswärtige Junkies in ihre Wohngemeinden zwangsrückgeführt. Ab 1996, nach der Schliessung der offenen Drogenszene, wurde diese Praxis als Instrument der Quartieraufwertung auf alle Randständigen ausge-

weitet. Damit wurden Personen bis zu 24 Stunden von der Strasse entfernt, ohne dass sie etwas verbrochen hatten. Die AL hat dies immer als unzulässigen Freiheitsentzug bekämpft. Neu hinzukommt, dass jetzt die Weggesperrten auch noch einen Teil der Kosten übernehmen müssen (anfangs CHF 600 – 950 jetzt noch 450 – 600). Scharf kritisierte Scherr, dass der Stadtrat die definitive Einführung der ZAB via Verordnung statt über einen Kredit beantragt. Der Hintergrund: Verordnungen unterliegen dem fakultativen Referendum, wiederkehrende Kredite über 1 Mio Franken – das ZAB kostet 1.7 Mio Franken – müssen automatisch vors Volk. Damit wird eine Volksabstimmung umgangen.

Unklare Rechtslage

Anwältin Manuela Schiller, die verschiedene ZAS-Fälle betreut, erläuterte den komplexen, ja kafkaesken und äusserst kostspieligen Rechtsweg, wenn Betroffene sich wehren wollen. Auch nach vier Jahren gibt es noch keine höchstgerichtlichen Entscheide zu den beiden Kernfragen: Wann ist Eigen- oder Fremdgefährdung gegeben und der Freiheitsentzug rechtmässig? Darf der Staat die Kosten überwälzen?

Auch in der Diskussion wurde die Zwangseinweisung, die Kostenüberwälzung als Abkehr vom service public und die medizinische Billigbetreuung durch Studenten von verschiedenen Votantinnen und Votanten deutlich kritisiert. Bemängelt wurde auch das völlige Fehlen aussagekräftiger Statistiken über die rund 1000 ZAS-Häftlinge pro Jahr.

Dayana Mordasini

